

# Wenn Vorfahren besser ein Geheimnis bleiben

**GESCHICHTE** Gespräch mit Hartmut Peters über aktuelle und künftige Aufgaben in der Erinnerungsarbeit

VON THORSTEN SOLTAU

**JEVER** – Deutschlands Gegenwart ist derzeit geprägt von Unsicherheit und Spaltung. Ein Zustand, der sich nicht zuletzt deutlich am verschärften politischen Tonfall, wachsenden Populismus und Rechtsruck festhalten lässt. Mahnende Worte kommen angesichts dieser Entwicklung nicht nur aus der gesellschaftlichen Mitte, sondern auch von Institutionen, Vereinen oder Verbänden.

Dort wird seit Langem nicht nur auf den von einer wachsenden Minderheit vorgetragenen Wunsch nach einem „Schlussstrich“ in Bezug auf die NS-Vergangenheit hingewiesen, sondern ebenso auf die Umdeutung dieser Verbrechen und deren politische Instrumentalisierung. Nicht zuletzt zeichnen Übergriffe und Anschläge auf Menschen und Einrichtungen eine sinkende Hemmschwelle in puncto Gewalt auf.

## Objekt wird speziell gesichert

„Die Ängste der Menschen sind real, die Gefühle treten sichtbar hervor“, berichtet Hartmut Peters vom Arbeitskreis Gröschler-Haus in Jever. Dies werde nicht nur im Dialog



Das Gröschler-Haus in der Großen Wasserpfortstraße in Jever ist als Objekt mittlerweile alarmgesichert.

BILDER: THORSTEN SOLTAU

mit den Besuchern deutlich, sondern auch im Gästebuch der Einrichtung, wo viele Besucher ihre Sorgen und Gedanken niederschreiben.

Einen besonders bleiben den Eindruck habe die Situation einer deutschen Besucherin mit Migrationshintergrund auf ihn hinterlassen, so Peters. Sie habe ihm unter Tränen von ihrer Tochter erzählt, die seit den bekannt gewordenen Remigrationsplänen der AfD beim Potsdamer Treffen sehr

niedergeschlagen sei. „Die Familie befürchtet trotz deutscher Staatsbürgerschaft, aus dem Land geworfen zu werden“, berichtet Peters.

Mehr noch: Auch Veränderung in dem, was nach außen hin ausgesprochen wird, setzt ein. „Mittlerweile wird in manchen Familien beraten, dass man den Hinweis auf eventuelle eigene jüdische Vorfahren für sich behält.“ Die Sorge um das Erstarken völkisch-nationalistischer Ideologien wirke

sich dabei nicht nur auf die Gespräche, sondern die Einrichtung selbst aus. Für das Gröschler-Haus gebe es mittlerweile ein Sicherheitskonzept, das Objekt ist angesichts von Anschlägen auf jüdische Einrichtungen speziell gesichert. „Das dies einmal nötig sein wird, habe ich mir vorher nicht vorstellen können“, sagt Peters.

Veranstaltungen des Gröschler-Hauses werden sowohl der Polizei als auch dem Staats-



Hartmut Peters vom Arbeitskreis Gröschler-Haus

schutz gemeldet – im Vergleich zu früher nun regelmäßig. „Die Stadt Jever, mit Bürgermeister Jan Edo Albers, unterstützt uns und auch der Landkreis Friesland mit Landrat Sven Ambrosy gibt uns Rückhalt“, resümiert Hartmut Peters.

## Niedrigschwelliger Zugang für Menschen

Als Zentrum für Jüdische Geschichte und Zeitgeschichte ist das Haus nicht monotheistisch aufgestellt. So finden regelmäßig Veranstaltungen nicht nur zu Themen wie aktuellem Antisemitismus statt, sondern unter anderem über Kolonialisierung und Dekolonialisierung oder den Angriffskrieg auf die Ukraine.

„Wir haben vor ein paar Jahren das Konzept überarbeitet und bieten einen niedrigschwelligen Zugang zu unseren Inhalten an. Wir wollen die Leute von der Straße hier hereinholen“, erklärt Hartmut Peters. Mit der Teilnahme an Straßenfesten sei man zudem bestrebt, stärker als Teil der Nachbarschaft wahrgenommen zu werden. Als Mitglied im Verbund der außerschulischen Lernorte und mit vielen Schulen bestehe hingegen bereits eine etablierte Verbindung zu lokalen Bildungseinrichtungen. Das sei aber noch ausbaubar.

Was die Zukunft des Hauses angeht, ist Peters in einem Punkt ganz klar: die eigene Unabhängigkeit bewahren. Ein Thema, welches auch die Kollegen in den Gedenkstätten beschäftigt. Dort nehmen Versuche der AfD, Einfluss auf die Arbeit zu nehmen, kontinuierlich zu. Ob das in Jever auch zu erwarten ist? „Bei der Kommunalwahl 2026 wird es nicht unwahrscheinlich sein, dass die AfD wieder in den Kreistag einzieht“, vermutet Peters. Zwar sei in der Marienstadt in der Politik, was den Umgang mit Gedenkkultur angeht, „ein größeres Maß an Vernunft als anderswo“ erkennbar – Unsicherheiten bleiben am Ende dennoch bestehen.